

# glb Wahlprüfsteine: Das antworten die Landtagsparteien

## Herausforderungen durch aktuelle und zukunftsbezogene Entwicklungen

Mit welchen Strategien will Ihre Partei den Herausforderungen der Digitalisierung, bspw. Chat GPT-3, an beruflichen Schulen begegnen?

### CDU

Grundlegendes Ziel der CDU Hessen ist es, die beruflichen Schulen als wesentlichen Teil unseres differenzierten Chancenschulsystems in die Lage zu versetzen, die Schülerinnen und Schüler auf die zunehmend digitalisierte Lebens- und Arbeitswelt vorzubereiten sowie sie als mündige Bürgerinnen und Bürger zur Teilhabe an dieser digitalen Welt zu befähigen.

Wesentlicher Baustein dieses Ansatzes ist die Stärkung der Digitalkompetenz der Schülerinnen und Schüler, mit der wir sie zu eigenverantwortlichem Umgang mit digitalen Medien befähigen wollen. Wir verfolgen hierfür einen ganzheitlichen Ansatz. Besonders durch die landesweite Ausrollung des neuen Schulfachs »Digitale Welt« wollen wir die Schüler frühzeitig bereits im allgemeinbildenden Bereich an Chancen und Risiken verschiedener Digitalformate heranführen. Neben grundsätzlichen Fragen der Medienkompetenz soll dort v.a. auch die Frage behandelt werden, wie digitale Technologien zur Lösung sozialer, ökonomischer und ökologischer Problemstellungen beitragen können, wo Risiken sind und wo wir Grenzen setzen müssen. Gut ausgebildete Schülerinnen und Schüler sind die beste Grundlage dafür, einen verantwortungsvollen Umgang mit ChatGPT sicherzustellen.

Generell gilt: Bildungsinnovationen bergen stets Chancen und Risiken. Deswegen ist für uns als CDU auch immer ein kritischer Umgang unverzichtbar. Wir wollen Schulen, Lehrkräfte und Schüler gleichermaßen darin bestärken, Chancen zu nutzen und gleichzeitig für Risiken sensibilisieren und dem Missbrauch vorbeugen. Wir als CDU Hessen packen die Zukunft mit digital-gestützter Lern- und Lehrkultur als fächerübergreifendem Standard in allen Schulformen an.

Diesen Ansatz verfolgen wir auch beim Umgang mit Bild- und Textgeneratoren, die

auf künstlicher Intelligenz (KI) basieren. Sie bieten großes Potenzial, um individuelles und eigenständiges Lernen zu fördern und damit den Lernerfolg unserer Schülerinnen und Schüler zu steigern.

Um Chancen zu nutzen und Risiken zu minimieren, benötigen wir gut ausgebildete Lehrkräfte, die kompetent und selbstsicher mit den Herausforderungen der digitalen Transformation umgehen und digitale Bildungsmedien fachbezogen und didaktisch zielgerichtet einsetzen. Unser Fokus liegt daher auch auf der Professionalisierung der Lehrkräfte durch einen systematischen und verzahnten Ausbau der Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote.

Die CDU-geführte Landesregierung hat den Lehrkräften daher einen umfassenden Leitfaden für den Umgang mit textbasierten Künstlichen Intelligenzen an die Hand gegeben. Dieser bietet die Grundlage für einen zielgerichteten, risikobewussten und zugleich chancenorientierten Umgang mit ChatGPT und anderen Programmen. Er wird auch in Zukunft kontinuierlich an die sich immer schneller wandelnde Technik anzupassen sein.

Schon jetzt bestehen zudem für die Lehrkräfte vielfältige Fortbildungsangebote – auch online.

Auf dieser Grundlage haben Hessens berufliche Schulen in den vergangenen Jahren auch dank vielfältiger Maßnahmen der CDU-geführten Landesregierung große Fortschritte bei der Digitalisierung gemacht. Dies betrifft sowohl die technische Ausstattung als auch die Unterrichtsgestaltung. Aufbauend auf dem »Landesprogramm Digitale Schule Hessen« wird die »Strategie Digitale Schule Hessen« kontinuierlich weiterentwickelt. Diesen erfolgreichen Weg wollen wir fortsetzen.

Auf die Digitalisierung folgt die Digitalität – eine vernetzte Wirklichkeit, veränderte Kulturtechniken, eine wandelnde Selbst- und Welterfahrung, neue Wege von Wissenserwerb und von Formen der Zusammenarbeit.

Digitalisierung und Digitalität von beruflichen Schulen und Unterricht werden unsere bildungspolitischen Anstrengungen auch in Zukunft prägen. Wir wollen die digitalen Potenziale für unsere beruflichen Schulen vollständig nutzen und systematisch verankern.

Und wir denken noch weiter nach vorne: In einem gemeinsamen Kooperationsprojekt mit Bayern identifizieren wir Zukunftstechnologien und potenzielle Bildungsinnovationen. Gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern wollen wir beispielsweise neue KI-basierte Lehrmethoden in den verschiedenen Schulformen erproben und die KI-Mündigkeit an unseren Schulen fördern.

Zu den Herausforderungen der Digitalisierung gehören auch IT-Verwaltungsaufgaben. Wir wollen die IT-Verwaltungsaufgaben und den Datenschutz an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen den Profis überlassen. Die Ausbildung von »Fachinformatikern Systemintegration mit Schwerpunkt Schulverwaltung« für den flächendeckenden Einsatz von Systemintegration wollen wir daher an allen Schulen in Hessen einführen.

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz lassen sich nicht aufhalten und sind auch nicht grundsätzlich abzulehnen. Sie bieten riesige Chancen und Potenziale, auch für einen gleichberechtigten Zugang zu Information und Wissen in unserer Gesellschaft. Gleichzeitig gehen mit ihnen auch Risiken- und Gefahrenpotenziale einher, bspw. im Bereich des Datenschutzes oder durch die Verbreitung von Falschinformationen und die fehlende Nachvollziehbarkeit von Quellen im Fall von ChatGPT, die im Zweifel einer rechtlichen Regulierung bedürfen. Dies ist von Seiten des Bundesgesetzgebers nun schnellstmöglich zu prüfen.

Entscheidend ist, dass wir als Gesellschaft lernen und insbesondere Schüler\*innen frühzeitig befähigen, digitale und KI-Anwendungen kompetent und kritisch zu verwenden. Für uns Grünen ist zudem wichtig, dass diese Anwendungen gezielt und ergänzend dort eingesetzt werden, wo sie für Schüler\*innen und Lehrkräfte einen konkreten pädagogischen Nutzen bieten – ein Selbstzweck ist die schulische Nutzung für uns ausdrücklich nicht: Die Anwendungen können und sollen selbstbestimmtes Lernen und individuelle Förderung erleichtern, Kreativität und Kooperation fördern und Lehrkräfte bei der Darstellung und Wiederholung von Inhalten sowie der

Ermittlung von Lernständen entlasten. Insbesondere mit zunehmendem Alter und höheren Klassenstufen muss die Nutzung im Unterricht aber auch in Vorbereitung auf die Arbeitswelt eine größere Rolle spielen, vor allem in den beruflichen Schulen und der gymnasialen Oberstufe.

So kommt insbesondere der Schulung von Lehrkräften zum kompetenten Umgang und zum Erkennen KI-erzeugter Inhalte, zur altersgerechten Verwendung von digitalen und KI-Anwendungen im Unterricht und zur Vermittlung eines kritisch-kompetenten Umgangs mit KI-erzeugten Inhalten eine entscheidende Bedeutung zu. In dieser Legislaturperiode haben wir die Fortbildungsmittel der Schulen bereits verdoppelt und die Zahl der Fortbildungsangebote der Lehrkräfteakademie im Bereich Medienbildung und Digitalisierung auf 2000 pro Jahr erhöht. Im Hessischen Lehrkräftebildungsgesetz haben wir das Thema Medienbildung und Digitalisierung als Querschnittsthema in allen drei Phasen der Lehrkräftebildung verbindlich verankert, und stellen so sicher, dass alle hessischen Lehrkräfte auf der Höhe der Zeit aus- und fortgebildet werden. Zum schulischen Umgang mit KI-Anwendungen wie ChatGPT wird derzeit von Seiten des Landes zudem eine Handreichung für die Schulen erarbeitet. Wir halten in diesem Bereich aber auch eine enge Abstimmung im Rahmen der KMK für sinnvoll und geboten. Zudem wird es speziell zum Thema KI und Chatbots sicherlich nochmal einer deutlichen Fortbildungsoffensive für Lehrkräfte bedürfen.

#### FDP

Wir Freie Demokraten stehen der Digitalisierung und den Chancen, die sie bietet, positiv gegenüber. Gerade im Schulbereich sollte die Digitalisierung stärker genutzt werden. Das gilt in besonderem Maße für die beruflichen Schulen, denn auch die Arbeitswelt wird immer digitaler.

Dabei muss zuvörderst eine gute digitale Infrastruktur sichergestellt sein, denn erfolgreiche digitale Bildung erfordert sichere digitale Lernräume: Wir wollen alle hessischen Bildungseinrichtungen mit modernster Technologie ausstatten und die Einrichtungen untereinander sowie mit der Außenwelt vernetzen. Hierzu zählt eine flächendeckende Ausstattung aller Schulen mit WLAN mit einer zeitgemäßen schnellen Internetverbindung sowie moderner und sicherer Hard- und Software. Hinzu kommen die Einrichtung und der Betrieb von Lern-

plattformen mit authentifiziertem Zugang sowohl für die Lehrkräfte als auch für die Lernenden.

Darüber hinaus braucht es einen professionellen IT-Support, um die Schulleitungen und Lehrkräfte von dieser Aufgabe zu entlasten.

Da Schulen ihre eigenen Bedürfnisse am besten kennen, wollen wir die Einführung eines Digitalisierungsbudgets prüfen, das Schulen flexibel einsetzen können.

Gerade KI-basierte Anwendungen wie ChatGPT bergen besondere Chancen auch für den Schulbereich. Für ihren Einsatz wollen wir einen sogenannten KI-Einsatzrahmen erarbeiten, Lehrkräfte ausreichend fortbilden und KI-Innovationsschulen entwickeln, die den Einsatz KI-basierter Anwendungen erproben. Hiervon können dann alle Schulen profitieren.

#### DIE LINKE

Die Digitalisierung hat nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie auch endlich Einzug in das hessische Schulsystem gefunden. Viele gute Konzepte sind durch viele engagierte Lehrkräfte entwickelt worden. Die beruflichen Schulen stehen da sicher vor anderen Herausforderungen als beispielsweise die Grundschulen, denen nach wie vor ein wissenschaftlich gestütztes pädagogisches Konzept im Hinblick auf digital gestützten Unterricht fehlt.

Die beruflichen Schulen haben mit Sicherheit die meiste Erfahrung darin, sich schnell und gründlich mit neuen Technologien (auch digitalen) befassen zu können und zu müssen. Und mit ebensolcher Sicherheit wissen sie wohl auch am besten, dass eine reine Verteufelung neuer Technologien diese nicht aufhalten wird. Das gilt auch für Chat GPT-3, das schon in sehr naher Zukunft mit Bard (Google) Konkurrenz erhalten wird.

Ob die Verbote der Nutzung, die schon von verschiedenen Stellen erteilt wurden, eingehalten werden und somit Sinn ergeben, können wir nicht beantworten.

Nun gilt es Konzepte zu entwickeln, die neuen Technologien sinnvoll und intelligent zu nutzen. Lehrkräfte an beruflichen Schulen dürfen aber nicht alleine gelassen werden, um solche Konzepte zu entwickeln. Es ist dringend zu empfehlen, sich mit Initiativen wie beispielsweise Klicksafe auszutauschen, die sich der Thematik bereits gestellt haben.

#### SPD

Digitalisierung betrifft alle Schulen, die Berufsschulen in besonderer Weise. Denn in der beruflichen Bildung geht es um die Veränderung von Produktionsprozessen, das Lehren und Lernen mit digitalen Medien, aber auch um den digitalen Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft. Unter dem Stichwort Arbeit 4.0 sehen wir Handlungsbedarf für alle beruflichen Schulen und setzen uns für eine geeignete digitale Infrastruktur, neue Lernumgebungen und eine angemessene technische Ausstattung ein. Wir wollen die Schulträger bei der Aufgabe, die Zukunftsfähigkeit beruflicher Schulen im Hinblick auf technologische Entwicklungen massiv unterstützen und ein Investitionsprogramm berufliche Bildung auflegen. Es braucht einen Masterplan Digitalisierung, um den Transformationsprozess im Bildungsbereich zu gestalten.

Wir leben in einer digitalisierten (Arbeits)Welt. Junge Menschen müssen Lern- und Arbeitstechniken sowie Methoden des selbstgesteuerten Lernens anwenden, digitale Lernmedien nutzen und Erfordernisse des lebensbegleitenden Lernens erkennen und ableiten können. Der Einsatz digitaler Anwendungen hat in der beruflichen Bildung und an beruflichen Schulen schon immer breiten Raum eingenommen. Da Anwendungen, wie Chat GPT, von immer mehr Schülerinnen und Schülern genutzt werden, was wir grundsätzlich befürworten, muss es für den Umgang mit KI in Schule und Unterricht Fortbildungen und Veranstaltungen für Lehrkräfte geben und KI auch im Unterricht behandelt werden. Schülerinnen und Schüler müssen lernen, damit umzugehen und über die Chancen und Risiken aufgeklärt werden.

Außerdem wollen wir ein Zentrum für digitale Bildung schaffen, zu dessen Aufgaben der Auf- und Ausbau der notwendigen technischen Infrastruktur, die Entwicklung eines Landesmedienkonzepts, die Entwicklung effektiver digitaler Unterrichtsszenarien, Aus- und Weiterbildung des technischen und pädagogischen Personals sowie die Begleitforschung zur kontinuierlichen Verbesserung der Bildung in einer digitalen Welt gehören. Einen entsprechenden Antrag hatten wir im Landtag zur Abstimmung gestellt. Er wurde von Schwarzgrün abgelehnt. →

Ausbildungsberufe müssen mit der Zeit gehen. Daher werden in regelmäßigen Abständen neue Ausbildungsverordnungen erstellt und die vorhandenen überarbeitet. Ergebnis sind neue und moderne Ausbildungsberufe, die den aktuellen Anforderungen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft entsprechen.

Welche Möglichkeiten zur Weiterbildung von Lehrkräften an Beruflichen Schulen würden Sie installieren vor dem Hintergrund der Qualifizierenden Vier: Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Recht, Sicherheit?

#### CDU

Die Berufsschulen haben für die CDU Hessen und unser Ziel einer weiteren Stärkung der dualen beruflichen Ausbildung eine sehr wichtige Rolle. Wir setzen uns daher ein für eine leistungsstarke Berufsschullandschaft und die Umsetzung des Konzepts »Zukunftsfähige Berufsschule«. Wir werden unsere Berufsschulen mit modernsten Geräten ausstatten, das Lehrpersonal aufstocken und für dezentrale Standortsicherheit sorgen. Außerdem wollen wir mit den Nachbarländern über mögliche Kooperationen sprechen.

Um dies zu ermöglichen, brauchen wir weiterhin qualifizierte und hochengagierte Lehrkräfte an unseren beruflichen Schulen. Nur durch diese Lehrkräfte können wir die guten Rahmenbedingungen in der hessischen Bildungslandschaft – Bildungsinvestitionen deutlich über 5 Milliarden Euro, eine Rekordhöhe der Lehrerstellen und das beste Lehrer-Schüler-Verhältnis aller Zeiten – in praktischen Lehrerfolg transferieren.

Deswegen liegt unser Fokus auch zukünftig auf der Qualität der Aus-, Fort- und Weiterbildung unserer Lehrkräfte und der an Schule tätigen pädagogischen Fachkräfte. Die bestehenden Maßnahmen zur Weiterqualifikation und zum Quereinstieg in den Lehrämtern mit besonderen Bedarfen – insbesondere im Lehramt für berufliche Schulen, für Grundschulen, für Förderschulen und für Haupt- und Realschulen – werden wir bedarfsgerecht ausbauen und dabei Wert auf Qualität legen.

Im Rahmen der Novelle des Hessischen Lehrkräftebildungsgesetzes haben wir wichtige Querschnittsthemen wie Digitalisierung und Nachhaltigkeit bereits in allen drei Phasen der Lehrkräftebildung verpflichtend verankert.

Für die Bestandslehrkräfte wollen wir die angebotene Vielzahl von Fort- und Weiterbildungen der Hessischen Lehrkräfteakademie beibehalten und bedarfsgerecht ausgestalten, um Zukunft- und Querschnittsthemen praxisorientiert zu vermitteln. Dazu gehört auch die Stärkung des freiwilligen Selbstlernangebots zum wichtigen Themenbereich Schulrecht, um rechtlich sicheres Handeln in beruflichen Handlungssituationen zu erwerben.

#### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die vier neuen Standardberufsbildpositionen »Digitalisierte Arbeitswelt«, »Umweltschutz und Nachhaltigkeit«, »Organisation des Ausbildungsbetriebes, Berufsbildung sowie Arbeits- und Tarifrecht« sowie »Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit«, auf die sich Bund, Länder, die Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und Kammerorganisationen sowie das Bundesinstitut für Berufsbildung im April 2020 als gemeinsame Grundlage aller Ausbildungsberufe geeinigt haben, müssen sich selbstverständlich auch in entsprechenden Fortbildungsangeboten für die Lehrkräfte an Beruflichen Schulen niederschlagen. Wir halten hierfür den in Hessen bewährten Weg über Angebote der Hessischen Lehrkräfteakademie grundsätzlich für geeignet, sehen hierbei aber die Notwendigkeit, bei der Konzeption die Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und Kammern einzubinden.

#### FDP

Lehrkräfte sollen sich über ihre gesamte Berufslaufbahn hinweg nach eigenen Interessen und Schwerpunkten fort- und weiterbilden können. Dabei haben alle Schulformen jeweils eigene Bedarfe, die in der Ausbildung wie auch in Fort- und Weiterbildungsangeboten berücksichtigt werden müssen. In den beruflichen Schulen gehören dazu die vier vorgenannten: Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Recht und Sicherheit.

Eine Beteiligung der Lehrkräfte bei der Auswahl, der Gestaltung und der Durchführung von Professionalisierungsmaßnahmen halten wir grundsätzlich für zielführend, um ein hohes Maß an Akzeptanz und Wirksamkeit zu erzielen.

Wir fordern einen Fortbildungsbeauftragten, eine Fortbildungsbeauftragte an jeder Schule. Die Anzahl der Schulberaterinnen und Schulberater sowie Fortbildnerinnen und Fortbildner sollte dem Bedarf angepasst werden. Um Fortbildungen privater

Anbieter bedarfsgerecht nutzen zu können, müssen Mittel in ausreichender Höhe zur Verfügung stehen. Digitale und hybride Formate sollten kontinuierlich ausgebaut werden, um eine Teilnahme zeitsparend an verschiedenen Orten zu ermöglichen.

Um die Bereitschaft der Lehrkräfte an Fortbildungen teilzunehmen weiter zu steigern, sollen besondere Leistungsanreize geschaffen werden. Grundlage hierfür ist das fortlaufende Portfolio und die hier hinterlegten Schwerpunktsetzungen der Lehrkräfte.

#### DIE LINKE

Zunächst einmal möchten wir den Weiterbildungsetat für Lehrkräfte kräftig erhöhen, und zwar für Lehrkräfte aller Schulformen.

Die modernen Standardberufsbildpositionen dienen der einheitlichen und inhaltlichen Kompetenzvermittlung in den Ausbildungsberufen. Doch auch Kompetenzvermittlung muss erlernt sein. Lehrkräfte müssen also entsprechend weitergebildet werden, und zwar nicht zusätzlich sondern in ihrer regulären Arbeitszeit. Leider ist auch hier zu befürchten, dass wieder nach dem On-top-Prinzip vorgegangen wird.

#### SPD

Wir begrüßen die im April 2020 beschlossene Strategie, grundlegende Kompetenzen aus den sogenannten »VIER« wichtigen übergreifenden Themenbereichen in jedem (dualen) Ausbildungsberuf zu vermitteln und die Kompetenzfelder als übergreifende Standards einheitlich zu verankern. Dafür müssen entsprechende Weiterbildungsangebote für Lehrkräften geschaffen werden, die sich an einzelne Lehrerinnen und Lehrer, Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben, Schulleitungen, Schulteams – auch multiprofessionelle – und ganze Schulen richten können.

Wichtig erscheint uns eine langfristige schulische Fortbildungsplanung in Verantwortung der Schulleitung, unter Einbeziehung des gesamten Kollegiums. Wünschenswert ist, dass die Schulen bei der Feststellung des Bedarfs für Weiterbildungen beraten und unterstützt sowie ggfs. dafür qualifiziert werden. Um die Vielfalt der inhaltlichen Ausrichtung abzudecken, kann es Kooperationen mit freien Trägern und den hessischen Hochschulen geben. →

## Weiterentwicklung und Stellenwert der Beruflichen Schulen in der Kultuspolitik

Welche Haltung nimmt Ihre Partei ein im Hinblick auf das Konzept der »Zukunftsfähigen Berufsschule« und dessen strategischer Einführung?

### CDU

Wie bereits dargestellt ist die Stärkung der beruflichen Bildung, der Berufsorientierung und der dualen Ausbildung ein sehr wichtiges Anliegen der CDU Hessen. Wir wollen auch in Zukunft die duale Ausbildung als Eintrittskarte für berufliche und persönliche Weiterentwicklung stärken. Dazu gehört für uns die Sicherung und Stärkung aller Berufsschulstandorte, vor allem auch im ländlichen Raum, sowie das Fortbestehen aller Ausbildungsberufe in Hessen. Das Konzept »Zukunftsfähige Berufsschule« soll genau dies erwirken. Wir als CDU Hessen sind überzeugt von dem Konzept »Zukunftsfähige Berufsschule« und werden dies fortführen und umsetzen, damit alle Berufsschulstandorte erhalten bleiben und die duale Ausbildung und der ländliche Raum gestärkt werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist im ersten Schritt bereits eine deutliche Absenkung der Mindestklassengröße von bisher 15 Schülerinnen und Schülern auf zwölf im ersten, neun im zweiten, acht im dritten und fünf im vierten Ausbildungsjahr erfolgt. Diese Maßnahme ist ein wesentlicher Beitrag zum Ziel des Erhalts der dezentralen Standortstruktur.

Zudem werden die nach den Rahmenlehrplänen zulässigen Möglichkeiten einer gemeinsamen Beschulung ausgeschöpft. Die Schulen profitieren bereits seit diesem Haushaltsjahr von der neuen Zuweisung.

Erst und nur wenn die Mindestklassengrößen vor Ort nicht mehr erreicht werden können, erfolgt im Interesse einer fundierten Fachausbildung der Schülerinnen und Schüler eine Konzentration an den regional und landesweit zuständigen Berufsschulen und die Ausweitung der Blockbeschulung. Das Auslaufen der Beschulung eines Ausbildungsberufs an einem Standort erfolgt erst dann, wenn für die jeweilige Berufsschule mindestens zweimal hintereinander festgestellt worden ist, dass die Schülerzahl in der Grund- oder Fachstufe unter der Mindestklassengröße liegt. Ein Übergangszeitraum stellt zudem sicher, dass ein eventueller

Neuaufnahmestopp von Schülerinnen und Schüler erst zum Schuljahr 2025/26 greift.

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir halten das Konzept der »Zukunftsfähigen Berufsschule« in seiner Zielrichtung für den richtigen Impuls, um unsere Berufsschullandschaft und das System der dualen Ausbildung den sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten stark wandelnden Bedingungen entsprechend zukunftsfähig aufzustellen und zu erhalten. Schon seit Jahren sinkt die Zahl der Auszubildenden und damit die Lehrkräftestellenzuweisung an den hessischen Berufsschulen bedauerlicher Weise stark. Dadurch werden immer mehr kleinere Fachklassen in ländlichen Gebieten an Schulen in größeren Städten abgegeben und der Bestand der Berufsschulen in ländlichen Regionen gefährdet. Wir sind überzeugt, dass es wichtig ist, diesem Trend entgegenzuwirken und wohnort- und betriebsnahe Ausbildungsmöglichkeiten auch im ländlichen Raum zu erhalten, einen qualitativ hochwertigen Unterricht an den beruflichen Schulen auf Dauer zu gewährleisten und Planungssicherheit für Ausbildungsbetriebe und Schulen zu schaffen. Die sukzessive Neuausrichtung und Sicherung aller hessischen Berufsschulstandorte im Rahmen des Programms der »Zukunftsfähigen Berufsschule« ist deswegen eine gute Nachricht sowohl für die Schulstandorte als auch die lokale Wirtschaft und die Auszubildenden in Hessen. Gleichwohl werden wir auch unsere Anstrengungen verstärken, insgesamt mehr Jugendliche und junge Erwachsene für die berufliche Bildung zu begeistern, denn für uns sind berufliche und akademische Bildung gleichwertig.

Insbesondere mit der zum Schuljahr 2021/2022 abgesenkten Mindestklassengröße von bisher 15 Auszubildenden je Stufe auf 12 im ersten, 9 im zweiten, 8 im dritten und 5 im vierten Ausbildungsjahr setzen wir ein Zeichen zum Erhalt auch kleinerer Fachklassen im ländlichen Raum. Zudem wird durch die Entwicklung jedes einzelnen Berufsschulstandorts zu einem spezifischen Kompetenzzentrum eine qualitativ hochwertige Lehre und Beschulung in Hessen sichergestellt, falls an anderen Schulen wegen Unterschreitung der Mindestklassengröße keine Neuaufnahmen in dem jeweiligen Ausbildungsberuf mehr möglich ist. Wichtig ist für uns, dass die Festlegung der Zuständigkeitsbereiche in einem breit angelegten Dialogprozess zwischen dem Land, der lokalen

Wirtschaft, den Schulträgern und den Berufsschulen und insbesondere den Kollegien sowie der organisierten Vertretung der Schüler\*innen sowie Studierenden – und somit allen unmittelbar und mittelbar Betroffenen – erfolgt und somit spezifische Kompetenzen und Spezialisierungen vor Ort berücksichtigt werden.

### FDP

Wir Freie Demokraten sehen die Herausforderungen, denen die beruflichen Schulen durch den Wandel in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt gegenüberstehen.

Ziel muss sein, ein dichtes Netz an wohn- und ausbildungsplatznahen Berufsschulen zu erhalten, um die logistischen Hindernisse für Ausbildungswillige gering zu halten. Um Standorte in der Fläche zu sichern, braucht es aber auch Alternativen zum herkömmlichen Präsenzunterricht.

Wir fordern daher ein Konzept für die Berufsschulen, das die Zusammenarbeit der Schulen untereinander verbessert, die schulische Ausbildung flexibilisiert bzw. modularisiert, mehr digitale und hybride Beschulungsmöglichkeiten vorsieht und berufliche Schulen zu einem Anker in der jeweiligen Region ausbaut. Bei der Erarbeitung und Umsetzung müssen alle an der beruflichen Bildung beteiligten Akteure miteinbezogen werden.

Um diese Herausforderung nachhaltig bewältigen zu können, halten wir das aktuelle Konzept der »zukunftsfähigen Berufsschule« für nicht ausreichend.

### DIE LINKE

Was zunächst innovativ und sinnvoll klingt, ist bei genauerem Hinsehen aber das Gegenteil. Wenn Zukunftsfähigkeit der beruflichen Schulen bedeutet, diese zu verkleinern, zusammenzulegen und bestimmte Fächer nur noch an bestimmten Standorten anzubieten, so ist das eine deutliche Verschlechterung der beruflichen Schulbildung. Dies wird dazu führen, dass bestimmte Ausbildungsberufe stark an Attraktivität verlieren, da nun plötzlich weite Wege zurückgelegt werden müssen, um die berufliche Schule erreichen zu können. Dies ist bei zunehmenden Fachkräftemangel nicht nur unverständlich sondern verantwortungslos!



**SPD**

Wir sind der Meinung, dass berufliche Schulen und Berufsschulen ihre Strukturen den Bedingungen des 21. Jahrhunderts anpassen müssen. Der Versuch der schwarzgrünen Landesregierung, Berufsschulen unter dem Begriff »zukunftsfähige Berufsschulen« zu entwickeln, ist für uns gescheitert. Wir haben dies bereits in einem Antrag (Drucks. 20/...) begründet und gefordert, ein Moratorium für den Prozess zu verhängen. Wir setzen auf einen Prozess, der auf Partizipation und Transparenz aufbaut und gemeinsam mit Schulen, Gewerkschaften, Hauptpersonalrat Schule, Schulträgern, Kammern, Arbeitgeberverbänden und Hochschulen gemeinsam Wege zu modernen Berufsschulen entwickeln.

Eine zukunftsfähige Berufsschule im Bereich des dualen Ausbildungssystems reflektiert, dass die Trennung in praxisorientierte Ausbildungsanteile im Betrieb und theoriegebundenes Lernen in der Berufsschule künstlich ist. Dem wollen wir durch die Weiterentwicklung der Rahmenlehrpläne und Curricula Rechnung tragen.

Schulträgerübergreifende Organisationsformen in Form von Bezirks- und Landesfachklassen werden die Ausnahme darstellen. Wir stehen zu starken regionalen Ausbildungsstandorten. Unsere Maxime ist, dass junge Leute möglichst wohnortsnah ihre Ausbildung durchführen können.

Wir werden ein Pilotprojekt durchführen, in dem für einzelne Ausbildungsgänge Kooperationen zwischen Schulen unter Nutzung digitaler Möglichkeiten hybrider Unterrichtsprojekte erprobt werden, um für Schülerinnen und Schülern einen wohnortnahen Berufsschulunterricht zu sichern.

### **Wie steht Ihre Partei einer Forcierung des Ausbaus der Selbstständigen Beruflichen Schulen bzw. der rechtlich selbstständigen Beruflichen Schulen gegenüber?**

**CDU**

Der Weg zur Umwandlung einer Beruflichen Schule in eine rechtlich selbstständige Berufliche Schule ist im Hessischen Schulgesetz geregelt und steht jeder Beruflichen Schule offen.

Das damit verbundene Prinzip der Wahlfreiheit für die Beruflichen Schulen wollen wir auch weiterhin beibehalten.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Wir Grünen sind davon überzeugt, dass die Schulgemeinden mehr Freiheiten bei der Schulentwicklung erhalten sollten und unterstützen deswegen die verschiedenen rechtlichen Möglichkeiten, die das Hessische Schulgesetz zur Selbstständigkeit von Schulen vorsieht. Aus diesem Grund haben wir die Möglichkeiten in dieser Legislaturperiode nochmal durch das Programm der »Pädagogisch Selbstständige Schulen« erweitert und werben intensiv dafür, dass mehr Schulgemeinden diese und die anderen Möglichkeiten der Selbstständigkeit stärker nutzen. Durch noch gezieltere Beratungs- und Unterstützungsleistungen für interessierte Schulen sowie die Prüfung möglicher Erleichterungen im Antrags- und Berichtswesen wollen wir uns in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, die Anreize zur Wahrnehmung dieser Möglichkeiten für die Schulgemeinden zu erhöhen.

**FDP**

Wir Freie Demokraten halten die selbstständigen Schulen und auch die (rechtlich) selbstständigen beruflichen Schulen für ein Zukunftsmodell. Studien lassen darauf schließen, dass Schulen mit mehr Selbstständigkeit bessere schulische Ergebnisse erzielen. Wir wollen Schulen daher in Freiheit und Verantwortung die Möglichkeit eröffnen, möglichst viele Entscheidungen zur Organisation des Schulbetriebs, der Verwendung der finanziellen Mittel und im Bereich Personal selbstständig zu treffen.

Die Evaluierungen der selbstständigen Schulen sollten zukünftig stärker dafür genutzt werden, das Programm für noch mehr Flexibilität weiterzuentwickeln.

Für diese zusätzlichen Aufgaben und Verantwortlichkeiten müssen die Schulen jedoch auch entsprechende Verwaltungsressourcen erhalten. Ein Vorbild hierfür können die Deutschen Schulen im Ausland mit einer Verwaltungs- und einer Pädagogischen Leitung sein.

**DIE LINKE**

Seit je her kritisch! Die Selbstständige Schule hat sich oftmals als Instrument zur Mangelverwaltung entpuppt. Selbstständig das viel zu kleine Budget verwalten zu dürfen, hat wenig Vorteile. Eine verlässliche Ausfinanzierung der Schulen würde dem entgegenwirken. Zudem ist mit dem Plus an Eigenverantwortung ein riesiges Plus an Mehrarbeit einhergegangen.

**SPD**

Wir wollen Berufsschulen mehr Eigenverantwortung geben. Wir werden in Regierungsverantwortung für sie geeignete organisatorische und fachliche Konzepte entwickeln. Unser Modell einer zukunfts-fähigen Berufsschule beinhaltet, die dualen Ausbildungsgänge so standortnah wie möglich zu sichern und auch differenzierte Unterrichtsformen zu entwickeln.

### **Wie gedenken Sie, die Stellung der beruflichen Schulen in der Kultuspolitik/im HKM zu stärken?**

**CDU**

Wir wollen für echte Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung in rechtlicher, finanzieller und schulischer Hinsicht sorgen und bekennen uns zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung. Wirtschaft, Wohlstand und Fachkräftesicherung brauchen handwerklich begabte Schulabgängerinnen und Schulabgänger ebenso wie Abiturientinnen und Abiturienten, die eine universitäre Ausbildung anstreben.

Entsprechend setzen wir uns für eine Stärkung der beruflichen Bildung im gesamten Bildungsweg ein. Die Querschnittsthemen Berufsorientierung, Duale Ausbildung bis hin zur Fachkräftesicherung waren aus gesamtgesellschaftlicher Sicht nie so wichtig wie heute.

Die Stellung der beruflichen Schulen ist im Hessischen Kultusministerium gleichwertig zur Stellung der allgemeinbildenden Schulen. Diese beiden schulfachlichen Bereiche wurden aufgrund der besseren Verzahnung in der Vergangenheit in einer gemeinsamen Abteilung zusammengelegt. In diesem Rahmen setzen wir uns für eine weitere Stärkung der beruflichen Bildung im Kultus-Ressort und gleichzeitig für die Stärkung der interministeriellen Zusammenarbeit zwischen Kultus- und Wirtschaftsministerium zu forcieren.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Wir setzen uns dafür ein, entsprechend den gestiegenen und neuen Anforderungen im Bereich der Beruflichen Schulen (Integration von Seiteneinsteiger\*innen, Übergang in die Ausbildung, Unterstützung Berufliche Orientierung usw.) auch die strukturelle und personelle Aufstellung des Kultusministeriums anzupassen.



**FDP**

Aufgrund der Besonderheit von beruflichen Schulen sollten sie einen zentralen Ansprechpartner in der Kultusverwaltung erhalten.

**DIE LINKE**

Momentan hat Die Linke Hessen Zweifel, welche dringend notwendigen schulischen Angelegenheiten und Projekte vom HKM überhaupt ernstgenommen und gestärkt werden. Weder der Ganztagsausbau noch der Lehrkräftemangel noch die besorgniserregende Überlastung der Lehrkräfte motiviert den Kultusminister zu Taten.

Trotzdem müssen die beruflichen Schulen natürlich gestärkt werden. Auch hier werden Lehrkräfte händeringend gesucht. Zudem ist die Bezahlung der Fachlehrkräfte für arbeitstechnische Fächer noch immer zu gering. Eine verstärkte Interessenvertretung könnte hilfreich sein.

Der Fokus im HKM jedoch ruht tatsächlich auf den Regelschulen (die auch mit immensen Problemen zu kämpfen haben).

**SPD**

Zunächst einmal möchten wir festhalten, dass es bis Juli 2014 für die Berufsbildenden Schulen im Hessischen Kultusministerium noch eine eigene Abteilung mit 28,5 Stellen (2013) gab. Von den ehemals 33 Referaten sind noch zwei übriggeblieben. In der 2020 neu gefassten Abteilung III mit 8 Referaten gibt es jetzt ein als »Großreferat III.B.1« bezeichnetes Referat »Berufliche Schulen, lebensbegleitendes Lernen« mit zwei Referaten für berufsbildende Schulen und ein weiteres Referat »Lebensbegleitendes Lernen, Schulen für Erwachsene, HESSEN CAMPUS, Weiterbildung«.

Im Gegensatz zur amtierenden Landesregierung, die für diesen schleichenden Bedeutungsverlust verantwortlich ist, wollen wir die berufliche Bildung im Ministerium aufwerten und zur Stärkung mehr Personal einstellen, um Bildungsgänge so zu gestalten, dass allen Kindern und Jugendlichen nach Abschluss der allgemeinen Schule weitere Bildungswege und Schulabschlüsse möglich sind, um ihre individuellen Bedingungen im Übergang von der Schule in Ausbildung zu verbessern. Dem Umfang und der bedeutenden Leistung beruflicher Schulen werden wir dadurch Rechnung tragen, dass wir eine eigene, mit anderen Abteilungen gleichberechtigte, Abteilung »Berufliche Schulen« im Kultusministerium schaffen.

**Arbeits- und Lernbedingungen in hessischen Schulen**

**Welche Maßnahmen beabsichtigt Ihre Partei zu ergreifen, um der Arbeitsbelastung der Lehrkräfte und der Direktor\*innen an beruflichen Schulen entgegenzuwirken?**

**CDU**

Wir wollen, dass Lehrkräfte ihre Kompetenz für die Unterrichtung der Schülerinnen und Schüler nutzen können. Durch eine Stärkung der Schullandschaft durch multiprofessionelle Teams und Maßnahmen zum Bürokratieabbau wollen wir Freiräume schaffen, die den Lehrkräften und den Schülerinnen und Schülern gleichermaßen zugutekommen.

Folgende Maßnahmen spielen dabei eine besondere Rolle:

Wir stärken Schulleitungen und steigern die Attraktivität von Leitungstätigkeiten, indem wir durch ausreichende Freistellung von der Unterrichtsverpflichtung Zeit für Schul-, Qualitäts- und Personalentwicklung sowie zur Koordinierung der pädagogischen Fachkräfte zusichern.

Schulleitungen sollen auch in der Zukunft von Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Wir wollen Berichts- und Dokumentationspflichten auf den Prüfstand stellen, Prozesse verschlanken und beschleunigen und unnötige Bürokratie abbauen. Dabei ist uns die Meinung derjenigen wichtig, die täglich vor Ort an den Schulen mit diesen Vorgaben arbeiten.

Über den Doppelhaushalt stellen wir den Schulträgern in den Jahren 2023 und 2024 insgesamt 45 Millionen Euro zur Verfügung, um rund 500 Verwaltungsstellen in den Schulsekretariaten neu zu schaffen. So sollen Lehrkräfte und Schulleitungen von Verwaltungs- und Routineaufgaben entlastet werden.

An Schulen mit über 500 Schülerinnen und Schülern etablieren wir zur Unterstützung und Entlastung der Schulleiterinnen und Schulleiter eine wirtschaftliche Co-Schulleitung, damit die Lehrkräfte sich im Schwerpunkt den Fragen rund um die Bildung widmen können.

Wir wollen die IT-Verwaltungsaufgaben und den Datenschutz an Schulen den Profis überlassen und damit auch gezielt Lehrkräfte und Schulleitung entlasten. Die Ausbildung von »Fachinformatikern Systemintegration mit Schwerpunkt Schulverwaltung« für den flächendeckenden Einsatz von Systemintegration wollen wir an allen Schulen in Hessen einführen.

Darüber hinaus wollen wir weitere Stellen zur sozialpädagogischen Unterstützung an Hessens Schulen bringen.

**FDP**

Wir Freie Demokraten sehen die Belastung von Lehrkräften und Leitungsteam auch an beruflichen Schulen. Daher wollen wir zunächst die Anpassung von Deputaten prüfen.

Dies ist nach unserer Auffassung jedoch nicht die alleinige Lösung für die gestiegenen Belastungen von Lehrkräften und Leitungsteams. Gerade auch durch Bürokratie wird zunehmend wertvolle Zeit gebunden, die besser für die Arbeit mit Schülerinnen und Schüler verwendet werden könnte. Unser Ziel ist daher eine Entlastung von Schulleitungen und Lehrkräften durch Entbürokratisierung insbesondere durch Straffung und Abschaffung von Berichts- und Dokumentationspflichten. Parallelstrukturen zwischen Kultusministerium, staatlichen Schulämtern und Schulen sind abzuschaffen. Auch durch zentralen Service, z.B. durch die Bereitstellung von Vertragsmustern oder durch zentrale Angebote, sind Schulen zu unterstützen.

Darüber hinaus wollen wir die Zahl der Schulverwaltungsassistenten und Sekretariatskräfte erhöhen. Hierzu sollen auch Landesmittel zur Verfügung gestellt werden.

Der Einsatz digitaler Instrumente und Hilfsmittel kann Schulleitungen weiter entlasten.

**DIE LINKE**

Eine deutliche Herabsenkung der Pflichtstunden sowie Entlastung durch das Übertragen von beispielsweise Verwaltungsaufgaben auf Verwaltungsfachkräfte. Zudem will Die Linke Hessen einen deutlichen Ausbau sozialpädagogischer Arbeit auch an den beruflichen Schulen sowie die Etablierung einer schulpсихologischen Anlaufstelle an jeder Schule.

In den Klassen bedarf es multiprofessioneller Teams mit gut ausgebildeten Fachkräften.

**SPD**

In den vergangenen Jahren haben die Belastungen für Schulleitungen, aber auch für Lehrkräfte durch zusätzliche Aufgaben im Unterricht wie auch durch Dokumentationspflichten zugenommen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die tatsächlich geleistete Arbeit der Lehrkräfte stärker berücksichtigt wird. Auf diese Weise werden wir der Fürsor-



gepflicht des Landes als Arbeitgeber gerecht und sorgen dafür, dass Lehrkräfte mit voller Stelle und voller Gesundheit bis zum Erreichen der Altersgrenze arbeiten können. Die Notwendigkeit der Entlastung gilt insbesondere für die Vielzahl an Verwaltungsaufgaben. Deshalb werden wir Stellen für Verwaltungsfachkräfte und Bibliothekarinnen und Bibliothekare an Schulen ausbauen.

Wir planen ein Institut für Lehrkräftegesundheit einzurichten, wie es in unserem Nachbarbundesland Rheinland-Pfalz seit vielen Jahren existiert. Für Lehrkräfte, die ihre Überlastung anzeigen, werden wir eine unabhängige Ombudsstelle einführen. In besonderen Fällen muss für einen definierten Zeitraum eine Stundenreduzierung bei vollem Gehalt möglich sein. Gemeinsam mit den Selbstvertretungen der Lehrkräfte werden wir eine Studie zur Lehrerarbeitszeit initiieren und für eine gerechtere Anerkennung von außerunterrichtlicher Arbeitszeit einsetzen. Die Personalräte sollen ihre Rechte durch die Abbildung ihrer wichtigen Arbeit in Anrechnungsstunden besser durchsetzen können. Grundsätzlich muss die wertvolle Arbeit der Personalräte in Schulen, Schulleitungen und am Kultusministerium durch eine wertschätzende und kooperative Arbeitsweise besser unterstützt werden.

Wir werden in Zukunft mehr Lehrkräfte in Vollzeit brauchen, weil in der Vergangenheit zu wenig ausgebildet wurde. Um diese zu gewinnen, wollen wir Anreize setzen und individuelle Lösungen anbieten, damit Lehrkräfte in Teilzeit bereit sind, ihre Stundenzahl zu erhöhen.

**Mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei dafür Sorge tragen, dass die Pflichtstundenzahl, Besoldungs- und Beförderungsmöglichkeiten für Fachlehrer\*innen für arbeitstechnische Fächer (FlatF) verbessert werden?**

#### CDU

Unsere beruflichen Schulen brauchen die besten Lehrerinnen und Lehrer. Wir haben den Anspruch, dass Hessen ein attraktiver Arbeitgeber für Lehrerinnen und Lehrer ist und diese sich gerne für einen Job in den hessischen Schulen entscheiden. Darauf legen wir auch in den nächsten Jahren einen finanziellen Schwerpunkt.

Mit gezielten Investitionen in den Bildungsstandort Hessen sorgen wir in Zeiten eines ungebrochen hohen Fachkräftebedarfs in allen Branchen für eine zusätzliche Aufwertung des Berufs der Lehrerin und des Lehrers.

Darüber hinaus wollen wir beste Rahmenbedingungen für Schüler und Lehrkräfte bieten und unsere Berufsschulen mit modernsten Geräten ausstatten, das Lehrpersonal aufstocken und für dezentrale Standortsicherheit sorgen. Wir setzen darüber hinaus ein klares Bekenntnis für eine Grundunterrichtsversorgung von 105 %. Die dafür nötige Personalausstattung ist für uns nicht verhandelbar. Dies kommt auch den Lehrkräften zugute.

#### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die beiden Fragen gemeinsam beantwortet.

Wir erkennen an, dass insbesondere die vergangenen Jahre für alle an Schule Beteiligten aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen und auch dem massiven Zuzug von Geflüchteten, zunächst in den Jahren 2015/2016 und nun aus Anlass des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, mit großen Herausforderungen und Belastungen verbunden waren. Auch die Anforderungen der Gesellschaft an das, was auch Berufliche Schulen leisten sollen, haben sich in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert: Bspw. sind im Bereich Inklusion, sozialpädagogische Unterstützung, Medienbildung und Digitalisierung sowie schulischer Integration (hier insbesondere Vermittlung von Deutsch als Zweitsprache) zusätzliche Aufgaben hinzugekommen.

Aus diesem Grund haben wir zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht, die Schulleitungen und Kollegien insbesondere von nicht-pädagogischen Aufgaben entlasten sollen. Insbesondere den Ausbau multiprofessioneller Teams, bspw. im Bereich der sozialpädagogischen Unterstützung, haben wir Grünen in den vergangenen Jahren massiv vorangetrieben. Zudem stellen wir mit dem Landesprogramm »Starke Heimat Hessen – Verwaltungskräfte an Schulen« den Schulträgern seit 2020 zusätzliche, jährlich aufwachsende Mittel zur Verfügung, um insgesamt rund 500 neue Verwaltungsstellen an den Schulen zu schaffen und so insbesondere Schulleitungen von Verwaltungsarbeiten zu entlasten. Diese Anstrengungen wollen wir fortsetzen und auch berufliche Schulen hierbei stärker berücksichtigen.

Darüber hinaus wollen wir darauf hinwirken, bei der Berechnung von Arbeitszeiten für Lehrkräfte Faktoren wie Schulentwicklung, Teamarbeit, Inklusion, Digitalisierung etc. angemessen einzubeziehen. Dabei muss sicherlich auch eine Anpassung von Leitungsdeputaten sowie der Stundendeputate der Fachlehrkräfte für

arbeitstechnische Fächer überprüft werden – gleichwohl wäre es unseriös und unehrlich, mit Blick auf den derzeit bundesweit extrem angespannten Lehrkräftearbeitsmarkt und der insbesondere im beruflichen Lehramt bestehenden Mangellage eine deutliche Deputatsreduktion auf breiter Front zeitnah in Aussicht zu stellen. Eine Verbesserung der Besoldungs- und Beförderungsmöglichkeiten der Fachlehrkräfte für arbeitstechnische Fächer wollen wir gerne prüfen.

Um die Arbeitsbelastung an Hessens Schulen weiter zu begrenzen, ist für uns deswegen auch eine konsequente Fortführung unserer bisherigen Anstrengungen im Bereich der Lehrkräftegewinnung und -bildung entscheidend. Im Bereich des beruflichen Lehramts stehen wir hier vor der besonderen Herausforderung, dass insbesondere in technischen Bereichen die Verdienst- und Aufstiegspektiven als Lehrkraft mit denen in der freien Wirtschaft kaum mithalten können. Mit einem Anwärtersonderzuschlag für Mangelfachrichtungen im beruflichen Lehramt (Metalltechnik, Elektrotechnik, Chemie-, Biologie- und Physiklechnik, Gesundheit, Sozialwesen/ Sozialpädagogik und Informatik) versuchen wir deswegen die Wettbewerbsfähigkeit des Berufsschuldienstes gegenüber Tätigkeiten in der freien Wirtschaft im Werben um Fachkräfte zu stärken. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen und auch die Quereinstiegskapazitäten weiter bedarfsgerecht ausbauen sowie hierbei zukünftig auch auf Qualifizierung durch berufsbegleitende Masterstudiengänge setzen.

#### FDP

Wir Freie Demokraten sehen die Debatte bezüglich der Ungleichbehandlung von Fachlehrer/innen für arbeitstechnische Fächer insbesondere mit Blick auf die Pflichtstundenzahl sowie Besoldungs- und Beförderungsmöglichkeiten. Eine Anpassung der verschiedenen Punkte werden wir jeweils prüfen.

#### DIE LINKE

Eine Herabsenkung der Pflichtstunden fordert Die Linke Hessen für alle Lehrkräfte an allen Schulformen. Aber sicherlich ist die Situation der FlatF nochmals eine besondere. Wir unterstützen die Forderung, die Pflichtstunden auf 24,5 zu reduzieren. Schon seit Jahren wird über eine gerechtere Bezahlung diskutiert sowie über Aufstiegsmöglichkeiten (auch in Besoldungsgruppen), und auch hier unterstützen wir die Forderung der Eingrup-



pierung in die Besoldungsgruppe A11. Die Koordinator\*innen für Fachpraxis möchten wir analog zum gehobenen Dienst in der Landesverwaltung in A13 eingruppiert haben.

### SPD

Die Arbeit aller Lehrkräfte ist nicht gleich, aber gleichwertig. Wir wollen Hierarchien abbauen, die Studiendauer aller Lehrämter auf 10 Semester festschreiben und alle Lehrkräfte als Einstieg nach A13 bezahlen. Darüber hinaus wollen wir die Studienkapazitäten der Lehrämter steigern. Wir werben für das Lehramtsstudium und setzen mit einem Stipendienprogramm für Mangelfächer auch finanzielle Anreize. Lehrkräfte in arbeitstechnischen Fächern erhalten von uns eine Aufstiegsperspektive. Wie diese Umsetzung erfolgen kann, werden wir im Dialog mit den Verbänden klären.

### Welche weiteren Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Integration von Quereinsteiger\*innen in die Arbeitswelt weiter voranzubringen?

### CDU

Die Fragestellung kann unterschiedlich interpretiert werden.

Sofern die Frage darauf abzielt, welche Rolle den Beruflichen Schulen bei der »Integration« von zuwandernden oder aus anderen Gründen arbeitsmarktfernen Menschen in unsere Arbeitswelt zukommt, beantworten wir sie wie folgt:

Die Integration von Menschen aus allen Teilen der Welt, die hier eine Bleibeperspektive haben, ist eine politische Schlüsselaufgabe und Voraussetzung für unser Zusammenleben. Sie ist gleichermaßen Pflicht für die Aufnahmegesellschaft wie für die zu uns kommenden Menschen.

Wir stehen für Fördern und Fordern, denn die Teilhabe aller Menschen am wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben in der Bundesrepublik Deutschland ist gleichermaßen Ziel aller staatlichen Maßnahmen, wie eigenverantwortliche Aufgabe jedes Einzelnen.

Die Integration von Seiteneinsteigern wie z.B. Flüchtlingen in die Arbeitswelt erfordert Zeit und Ausdauer. Anerkannte Flüchtlinge stellen ein enormes Arbeits- und Fachkräftepotenzial dar, auch wenn ihre Integration häufig ein anspruchsvoller Prozess ist, da die Mehrheit der Flüchtlinge keine formale berufliche Qualifikation hat.

Wir werden die erfolgreichen Programme zur Integration in den Arbeitsmarkt fort-

führen. Hierzu gehören u.a. die Fortsetzung von »Pflege integriert«, »Wirtschaft integriert« und »Sozialwirtschaft integriert«. Die hier erzielten Erfolge zeigen, dass mit guten Konzepten die Qualifikation und Anerkennung der Kompetenzen von zu integrierenden Seiteneinsteigern genutzt werden können.

Sprache ist dabei der Schlüssel! Wir wollen, dass jeder, der hier leben möchte, die deutsche Sprache lernt. Verpflichtende Deutschkurse sind daher aus unserer Sicht ein zentrales Integrationsinstrument. Entsprechende Angebote werden wir in den Bildungseinrichtungen des Landes weiter stärken.

Für die Gruppe der Seiteneinsteiger sind genau abgestimmte Sprachförderkonzepte sowie Beratungsangebote und Qualifikationsmaßnahmen wichtig, um diese Potenziale nutzbar zu machen und ihnen schnellstmöglich den Zugang zu unserem Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Diese werden wir auch in Zukunft bedarfsgerecht ausbauen.

Wir werden als Pionierland der konkreten Integrationsmaßnahmen in allen Bereichen unsere vielfältigen Förderprogramme, Strukturen und Angebote weiterentwickeln und ausbauen. Das WIR-Programm bündelt unsere Maßnahmen, wie Förderlotsen und viele mehr und soll weitergeführt und klar auf das Ziel gelingender Integration in unsere Gesellschaft ausgerichtet werden.

Zu dieser umfassenden Förderung gehören aber auch insbesondere die Sprachförderung in Kitas, die Fortführung unserer Intensivklassen in den Schulen und der Ausbau unseres »InteA« Programms (Integration durch Anschluss und Abschluss) an Beruflichen Schulen. Darüber hinaus halten wir an der verpflichtenden Sprachvermittlung im Rahmen der Integrationskurse fest.

Sofern die Frage darauf abzielt, wie nicht-pädagogisches Personal (»Quereinsteiger«) in die Arbeit als Lehrkraft an Beruflichen Schulen eingebunden (»integriert«) werden kann, beantworten wir sie wie folgt:

Hessen hat bereits etablierte Wege für den »Quereinstieg« von Lehrkräften geschaffen. Gerade – aber nicht nur – in den Beruflichen Schulen kann die Unterrichtung durch eine nicht vollständig pädagogisch ausgebildete Lehrkraft mit entsprechender fachlicher Qualifikation für den Schulbetrieb sehr bereichernd sein.

In bestimmten beruflichen Fachrichtungen besteht ein erhöhter Bedarf im hessischen Schuldienst, da nicht auf ausreichend viele ausgebildete Lehrkräfte zurückgegrif-

fen werden kann. Das Hessische Lehrkräftebildungsgesetz (HLbG) bietet deshalb die Möglichkeit zu einem berufsbegleitenden Quereinstieg in den hessischen Schuldienst. Wir haben hierbei eine Praxis etabliert, die für jeden Bewerber individuell Qualifizierungsaufgaben hinsichtlich der fachlichen und pädagogischen Kompetenzen erarbeitet, um in einer begleiteten Qualifizierungsphase die rechtlichen Voraussetzungen und praktischen Kompetenzen für die dauerhafte Lehrertätigkeit zu erlangen.

Um individuellen Erfordernissen gerecht zu werden, erfolgt auch die berufsbegleitende Eingruppierung im Einzelfall. Wer eine einem Lehramt gleichgestellte Qualifikation im Rahmen der berufsbegleitenden Qualifizierung erwirbt, erlangt zugleich auch die dem Lehramt an beruflichen Schulen entsprechende Befähigung für die Laufbahn des höheren Dienstes.

Diesen erfolgreichen Ansatz werden wir fortsetzen und bedarfsgerecht intensivieren, um den Schülerinnen und Schülern an den Beruflichen Schulen eine optimale Unterrichtsversorgung zukommen zu lassen. Auch die sonstigen Maßnahmen zur Weiterqualifikation und zum Quereinstieg in den Lehrämtern mit besonderen Bedarfen – insbesondere auch im Lehramt für berufliche Schulen – werden wir künftig bedarfsgerecht ausbauen und dabei Wert auf Qualität legen.

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir gehen davon aus, dass die Frage nicht auf den Quereinstieg in den Beruf als Lehrkraft, sondern auf die Integration von Schüler\*innen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte abzielt. Hierbei kommt den beruflichen Schulen insbesondere im Rahmen der Sprachintensivförderung von InteA eine große Bedeutung zu. Diese hat sich unserer Wahrnehmung nach bewährt, um den Weg junger Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte in die duale Berufsausbildung zu fördern, weshalb wir diese weiterführen, bedarfsgerecht ausbauen und den Klassenteiler so bald wie möglich wieder senken wollen. Gleichzeitig wollen wir auch die Angebote zur Förderung der Bildungssprache Deutsch an den Schulen für Erwachsene stärken, um auch dort erfolgreiche Abschlüsse und Bildungswege jenseits der beruflichen Ausbildung zu ermöglichen. Darüber hinaus wollen wir auch erfolgreiche Programme wie »Wirtschaft integriert« und »Sozialwirtschaft integriert« fortführen und ausbauen. →



**FDP**

Der Lehrkräftemangel wird eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre sein. Beschränkte sich der Mangel lange nur auf bestimmte Fächer oder Schulformen, hat er mittlerweile fast flächendeckend das Bildungssystem erreicht. In beruflichen Schulen ist der Mangel in bestimmten Fächern besonders stark.

Wir begrüßen daher grundsätzlich den Einsatz von Quereinsteiger/innen, die den schulischen Alltag bereichern und den Lehrkräftemangel abfedern können. Gleichwohl halten wir es für unbedingt notwendig, diese Lehrkräfte in ausreichendem Maße nachzuqualifizieren. Hierfür sollten vielfältige, auch berufsbegleitende Maßnahmen geschaffen und Zugangswege zum Quereinstieg diversifiziert werden.

**DIE LINKE**

Wir brauchen für alle pädagogischen Berufe dringend eine wirkliche Fachkräfteoffensive. Parallel dazu müssen natürlich die Arbeitsbedingungen so gestaltet werden, dass die Berufe wieder an Attraktivität gewinnen. Maßnahmen dazu haben wir in den vorherigen Fragen aufgezählt. Uns ist zudem sehr wichtig, dass die Qualifizierung zum Quereinstieg ohne finanzielle Einbußen einhergeht. Hier sehen wir eines der größten Bereitschaftshindernisse.

**SPD**

Um Vertretungslehrkräften eine Perspektive zu bieten und den Lehrermangel kurzfristig zu reduzieren, werden wir den berufsbegleitenden qualifizierenden Quereinstieg massiv ausbauen. Es ist eine unglaubliche Verschwendung von Ressourcen, wenn wir diejenigen, die wir aktuell zur Gewährleistung der Unterrichtsversorgung in Schulen einstellen, nach und nach auf die Straße setzen.

**Welche Ressourcen beabsichtigt Ihre Partei den beruflichen Schulen für die Inklusion bereitzustellen?****CDU**

Inklusion in der beruflichen Schule – ebenso wie in allen anderen Schulformen – ist ein berechtigtes Ziel, das wir unterstützen. Für Berufliche Schulen ist Inklusion Normalität.

Inklusion hat aber Grenzen und ist nicht für jeden Jugendlichen oder jungen Erwachsenen die beste Lösung. Wir betrachten jede

Schülerin und jeden Schüler individuell und lehnen deshalb eine Einheitslösung für alle auch hier ab.

Deshalb machen wir uns stark für den Erhalt der Förderschulen in Hessen, insbesondere auch den beiden »Beruflichen Förderschulen« bzw. Berufsbildungswerke in Nord- und Südhessen. Förderschulen sind ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil des Schulsystems und bieten jungen Menschen mit Behinderungen geschützte Räume, kleine Klassen, optimale Förderung, gesicherte Übergänge in den Beruf und Lebensalltag sowie hohe Fachlichkeit durch qualitativ bestens ausgebildete Lehrkräfte.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Unser Ziel ist, die inklusive Beschulung an allen allgemeinbildenden Schulen aber auch an den beruflichen Schulen zu stärken. Das Modell der inklusiven Schulbündnisse, die über die bedarfsgerechte Verteilung der Ressourcen unter Berücksichtigung aller Schulen vor Ort entscheiden, halten wir grundsätzlich auch für sinnvoll und wollen es weiterführen. Wir wollen den beruflichen Schulen aber zukünftig eine eigene förderpädagogische Ressource zur Verfügung stellen.

Um die Belastung der inklusiven Beschulung für alle Beteiligten zu verringern und die individuelle Förderung der Schüler\*innen in der inklusiven Beschulung weiter zu verbessern, braucht es aber selbstverständlich auch weiter steigende Personalressourcen. Diese haben wir in den vergangenen Jahren bereits kontinuierlich aufgebaut und verstärkt – in diesem Schuljahr stehen über 4.880 Stellen für Förderschullehrkräfte in Hessen zur Verfügung – ca. 800 mehr als noch 2014. Über 2.785 Förderschullehrkräfte werden davon inzwischen im inklusiven Unterricht eingesetzt – knapp ein Drittel mehr als an Förderschulen. Damit haben wir die Zahl der Förderpädagog\*innen, die in der inklusiven Beschulung eingesetzt werden, seit 2014 um ca. 50 Prozent gesteigert. Auch die Studienplatzkapazitäten im Bereich des Förderschullehramts haben wir deutlich – um 135 Studienplätze und damit 85 Prozent – gesteigert. Durch einen neuen Studiengang Förderpädagogik in Kassel wird zudem auch die Fachkräftesituation in Nordhessen verbessert werden. Gleichzeitig setzt der neue Studiengang einen stärkeren Schwerpunkt auf die Inklusion an allgemeinbildenden Schulen und stärkt damit den Gedanken des gemeinsamen Lernens in der Lehrkräfteausbildung und der Forschung. Darüber hinaus haben wir in der jüngst verabschiedeten Novelle des Hessischen Lehrkräftebil-

dungsgesetzes das Thema Inklusion als ein Querschnittsthema verankert, das zukünftig verbindlicher Bestandteil in allen drei Phasen der Lehrkräftebildung sein wird und somit mittelfristig zu einer deutlichen Professionalisierung und Entlastung der Lehrkräfte in der inklusiven Beschulung beitragen wird.

**FDP**

Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich auch das Bildungswesen – von der Kita bis zur Hochschule – verpflichtet hat. Wir Freie Demokraten stehen hinter der UN-Behindertenrechtskonvention und wollen, dass Inklusion umgesetzt wird. Den beruflichen Schulen kommt hier eine besondere Aufgabe zu, denn sie vermitteln neben beruflicher Orientierung und Berufsausbildung auch die allgemeinen Schulabschlüsse vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur. Ihre Schülerschaft ist daher besonders vielfältig.

Bisher hört die sonderpädagogische Förderung häufig in der Sekundarstufe I auf. Wir Freie Demokraten wollen prüfen, wie auch die beruflichen Schulen mit ausreichend Ressourcen für die sonderpädagogische Förderung ausgestattet werden können. Perspektivisch sollten dafür mehr Weiterbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Den Beratungs- und Förderzentren sollte auch in der beruflichen Bildung eine wesentliche Funktion zukommen.

**DIE LINKE**

Zunächst einmal wissen wir, dass Inklusion (neben den Förderschulen) vor allem an den Berufsschulen stattfindet, und dies schon seit vielen Jahren. Nichtsdestotrotz müssen auch berufliche Schulen wesentlich besser mit räumlichen, sachlichen und personellen Ressourcen ausgestattet werden. Gern möchte Die Linke Hessen jede Schule in die Lage versetzen, inklusiv unterrichten zu können. Vor allem müssen endlich multiprofessionelle Teams in allen Klassen eingesetzt werden. Da Inklusion für uns nicht nur die Inklusion von Menschen mit Behinderung oder Förderbedarf beinhaltet, sondern von allen Menschen, unabhängig ihres Geschlechts, Glaubens, finanziellen und sozialen Hintergrunds, Geburtsorts, usw. muss dort zeitnah und unbürokratisch nachgerüstet werden, wo Bedarf entsteht.

**SPD**

Wir sehen die sonderpädagogische Ressource als Unterstützungsleistung für alle Schülerinnen und Schüler einer Schule, werden deutlich mehr Stellen für die Inklusion →

schaffen und in diesem Sinn an jeder Schule eine auskömmliche Grundversorgung zur besonderen Förderung sicherstellen. Inklusion hat für uns in der Bildung einen hohen Stellenwert. Das werden wir dadurch zum Ausdruck bringen, dass wir gemeinsames Leben und Lernen als Chance und nicht als Hindernis begreifen, indem wir Kinder nicht in Kategorien einteilen, sondern ihre individuellen Stärken, Interessen und Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellen. Das ist ein anderer Ansatz als er bisher von den Regierenden in Hessen vertreten wird. Wir schaffen Schulen, die Chancen eröffnen und die wir fachlich so unterstützen, dass sie das auch umsetzen können. Ein bedeutender Unterschied liegt zum Ist-Zustand besteht darin, dass wir die Beratungs- und Förderzentren zusammen mit dem schulpsychologischen Dienst zu Unterstützungsagenturen für alle Schülerinnen und Schüler aller Schulformen weiterentwickeln.

**Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, um den besonderen Bedingungen an beruflichen Schulen gerecht zu werden und die beruflichen Schulen zu unterstützen, deren Gebäude und/oder Ausstattung/Anlagen etc. sanierungsbedürftig sind?**

#### CDU

Wie bereits dargestellt wollen wir beste Rahmenbedingungen für Schüler und Lehrkräfte bieten und unsere Berufsschulen mit modernsten Geräten ausstatten, das Lehrpersonal aufstocken und für dezentrale Standortsicherheit sorgen.

Mit dem Kommunalinvestitionsprogramm »KIP macht Schule!« welches wir gemeinsam mit dem Bund aufgelegt haben wurde ein Investitionsvolumen von über einer halben Milliarde Euro generiert, das investiert wurde, um das Lernen, Lehren und Leben an den Schulen in Hessen weiter zu verbessern – durch Neubauten, Sanierungen oder für die schulische Ausstattung.

Wo das Land Möglichkeiten hat, werden wir auch in der Zukunft unterstützen. Das betrifft unter anderem Programme zur besseren technischen Ausstattung von Schulen und Schülerinnen und Schülern, unter anderem durch digitale Lerngeräte. Gemeinsam mit den Schulträgern wollen wir zudem an jeder Schule virtuelle Schulräume schaffen, um Kindern und Jugendlichen beste Perspektiven für das Zeitalter der Digitalisierung zu ermöglichen. Der Virtual-Reality-Raum wird das neue Computer-Zimmer jeder Schule.

Die Unterhaltung der baulichen Anlagen liegt in der Zugehörigkeit der kommunalen Schulträger. Das Land stellt den Kommunen unter anderem über einen Kommunalen Finanzausgleich in Rekordhöhe entsprechende Mittel bereit, die für eine moderne Schulinfrastruktur genutzt werden sollen.

#### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Auch wenn die Städte und Gemeinden als Schulträger für die bauliche Unterhaltung und sächliche Ausstattung an Schulen Verantwortung tragen, sind wir Grünen insbesondere aufgrund der unterschiedlichen Finanzkraft der Kommunen grundsätzlich bereit, hier von Landesseite zu unterstützen. Denn die pädagogische Weiterentwicklung von Schule – bspw. im Bereich der Inklusion und Digitalisierung – kann nur gelingen, wenn auch die räumlichen Strukturen darauf abgestimmt sind. Wir wollen deswegen mit den Schulträgern ein Innovationsprogramm für modernen Schulbau entwickeln, das die Individualisierung von Lern- Lehrsettings, rhythmisierten Ganztag, Digitalisierung und Inklusion in Schulgebäuden und auf dem Schulhof mitdenkt, nachhaltiges Bauen fördert und die klassischen Flur-Klassenraum-Schulen ersetzt.

Bereits in der Vergangenheit hat das Land mit den beiden kommunalen Investitionsprogrammen (KIP I und KIP II) den Kommunen erhebliche Mittel bereitgestellt, um z.B. Bau- und Sanierungsmaßnahmen an Schulen durchführen zu können. Die Laufzeit dieser beiden Programme haben wir während der Pandemie verlängert, um sicherzustellen, dass sich etwaige pandemiebedingte Verzögerungen bei der Umsetzung der geplanten Maßnahmen nicht negativ auswirken. Hinzu kamen Investitionsmittel von Bund und Ländern für die digitale Ausstattung. Darüber hinaus haben wir im Zuge der Corona-Pandemie ein 75-Mio.-Euro-Programm zur Umsetzung von Hygienemaßnahmen in Kitas und Schulen auf den Weg gebracht, bspw. zur Instandsetzung von Fenstern oder zur Anschaffung von Luftreinigungsgeräten.

#### FDP

Wir Freie Demokraten sind überzeugt: Moderne Pädagogik braucht moderne Räumlichkeiten. Dies gilt bei den beruflichen Schulen insbesondere, da sie einen den Hochschulen und Universitäten vergleichbaren Standard haben müssen.

Wir kritisieren daher, dass das im Koalitionsvertrag versprochene KIP-III-Programm in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr kommen wird. Gemeinsam mit den Schulträgern sollte das Land ausloten, wie es Schulen bei Sanierungs- und Modernisierungsbedarf besser unterstützen kann.

#### DIE LINKE

Seit vielen Jahren fordern wir bezüglich der Schulgebäudesanierungen eine umfassende, hessenweite Bedarfsanalyse. Die GEW Hessen geht von einem Sanierungsbedarf von bis zu fünf Milliarden Euro aus, und dies nur, um schon bestehende Gebäude zu sanieren. Doch damit ist es ja nicht getan! Viele Schulen verfügen noch immer nicht über eine Mensa. Häufig sind nicht einmal genügend Lernräume vorhanden. Der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsgrundschulplatz ab 2026 wird diese Situation noch verschärfen.

Daher hat die Fraktion Die Linke 2022 einen Gesetzentwurf eingebracht, der das Land Hessen in die Finanzierung von Schulsanierungen einbeziehen würde (Gesetz zur Stärkung der Schulinfrastruktur in Hessen, Drucksachenummer 20/9293), dieser wurde abgelehnt.

Hinzu kommt, dass ein inklusives Schulsystem natürlich auch eine inklusive Schulausstattung benötigt. Ebenso müssen Mittel für eine umfassende und für SuS und Lehrkräfte kostenlose Digitalisierung zur Verfügung stehen.

Die beruflichen Schulen benötigen zudem zusätzliche Haushaltsmittel, da sie ganz spezifische Ausstattung benötigen.

#### SPD

Grundsätzlich wollen wir alle Schulen baulich, sächlich und personell in die Lage versetzen, den Herausforderungen, die an sie gestellt werden, gerecht zu werden. In den Berufsschulen wollen wir erreichen, dass Erwachsene Zugang zu allen Bildungsangeboten erhalten. Wir wollen gleiche Lehr- und Lernbedingungen in ganz Hessen. Regionale Unterschiede werden wir beseitigen, indem wir unsere Schulträger bei der Modernisierung ihrer Schulen gezielt unterstützen. Bei der Planung und Sanierung von Schulbauten setzen wir auf vielfältig nutzbare Räume, Lern- und Bewegungslandschaften sowie die wechselseitige Nutzung zentraler Bereiche. →

## Berufliche Orientierung und BÜA

**Welche Bedeutung hat die Berufsorientierung für Ihre Partei und welche Umsetzungsstrategie wollen Sie verfolgen?**

### CDU

Berufliche Bildung und Handwerk verdienen insgesamt mehr Anerkennung. Die Stärkung der Berufsorientierung und der dualen Ausbildung sind daher zentrale Anliegen der CDU Hessen. Dieses verfolgen wir mit einem ganzheitlichen Ansatz.

Für uns steht fest: Die berufliche Orientierung beginnt dabei schon in der Grundschule, wo niederschwellige Angebote in Kooperation mit weiterführenden und beruflichen Schulen und/oder den Kammern oder der Bundesagentur für Arbeit geschaffen werden sollen.

Wir bekennen uns zum praxisnahen Konzept der Mittelstufenschule mit einem Schwerpunkt auf dem ländlichen Raum und wollen sie als Schulform durch eine besondere Mittelzuweisung und den Ausbau von Kooperationen mit Betrieben explizit fördern.

In allen Schulformen gilt es, die berufliche Orientierung zu stärken. Ein Schwerpunkt liegt hierbei auf den Gymnasien. Dafür wollen wir die Öffnung der Schule für die berufliche Orientierung, die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern, wie z. B. Betrieben, Interessenvertretungen, der Bundesagentur für Arbeit, und die Nutzung von intensivieren und frühzeitige Kontakte zwischen Schule und Praxis ermöglichen. Um eine spätere Ausbildung im Handwerk als attraktive Option zu erkennen, wollen wir das Handwerk bereits in der Grundschule und der Sekundarstufe I durch Kooperation mit Beruflichen Schulen, auch im Ganztags, stärken. Auch Praktika schaffen Einblicke in die Berufs- und Arbeitswelt und stärken die Anschlussperspektive der Schülerinnen und Schüler. Es gilt deshalb, sie in allen Bildungsgängen zu fördern. Wir wollen zudem prüfen, wie wir die positiven Erfahrungen regionaler Programme wie die des «Limburger Modells» oder des »ProBe« (Projekt zur Berufsorientierung in Nordhessen) landesweit umsetzen können.

Wir wollen jungen Menschen die Chancen und Perspektiven des Handwerks und einer beruflichen Ausbildung aufzeigen. Mit einer umfassenden Kampagne und einem Tag des Handwerks an Schulen wollen wir Schülerinnen und Schüler aller Schulwege für den Berufszweig Handwerk begeistern und die ökonomische Bildung stärken.

Mit vielfältigen Förderangeboten schaffen wir die Voraussetzungen, damit noch mehr junge Menschen Zugang zu Ausbildung erhalten. Berufliche Bildung ist in Hessen keine Sackgasse. Wir werden für echte Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung in rechtlicher, finanzieller und schulischer Hinsicht sorgen.

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir Grüne wollen eine Bildungslandschaft, die vielfältige Bildungsbiografien fördert und die Gleichwertigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung anerkennt. Die berufliche Orientierung an allgemeinbildenden Schulen und die Förderung der Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Bildungswegen ist für uns deswegen nicht nur eine Frage der Wertschätzung individueller Stärken, Fähigkeiten und Lebensleistungen, sondern auch notwendig, um den hohen Fachkräftebedarf in vielen Ausbildungsberufen zukünftig decken zu können. Aus diesem Grund haben wir bspw. bereits den Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte auch ohne Meisterabschluss eingeführt. Dies soll dazu führen, dass sich mehr junge Menschen für eine berufliche Ausbildung entscheiden, da sie sich auch damit alle Wege offen halten. Zudem haben wir die Berufsorientierung durch verbindlichere Vorgaben zur Umsetzung von Aktivitäten durch die allgemeinbildenden Schulen deutlich gestärkt und bspw. festgelegt, dass alle weiterführenden Schulen mindestens eine Kooperation mit einem Unternehmen, einem Betrieb oder einer Hochschule verpflichtend eingehen müssen und an allen allgemeinbildenden Schulen mindestens zwei Betriebspraktika abgeleistet werden müssen. Insbesondere an Gymnasien wollen wir aber die berufliche Orientierung und die Ausbildungsfähigkeit noch weiter stärken. Vor allem braucht es aber auch ein gesamtgesellschaftliches Umdenken zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung.

### FDP

Wir halten die Berufs- und Studienorientierung für eine wichtige Aufgabe der (allgemeinbildenden) Schulen. Die Berufsorientierung muss daher in allen Schulformen und Bildungsgängen gestärkt werden und eine enge Einbindung von außerschulischen Partnern in Wirtschaft und Verwaltung sichergestellt sein. Schüler/innen müssen rechtzeitig und ergebnisoffen über Ausbildungsmöglichkeiten informiert werden. Von besonderer Bedeutung ist dabei neben der Vernetzung von allgemeinbildenden und

beruflichen Schulen auch eine gute Elternarbeit bei der die Betonung der Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung ein Schwerpunkt sein sollte. Dies gilt schon beim Übergang von der vierten zur fünften Klasse.

Individuelle Voraussetzungen der Jugendlichen sollten bei der Ausgestaltung der Berufsorientierung besonders berücksichtigt werden.

### DIE LINKE

Frühzeitige Berufsorientierung an allen weiterführenden Schulformen halten wir für wichtig. Allerdings möchten wir beispielsweise auch eine Ausbildungsgarantie sowie eine einheitliche und verbindliche Vergütung für schulische Ausbildungen.

Der Fachkräftemangel sorgt an vielen Stellen für erschreckende Arbeitsbedingungen. Die betroffenen Berufe müssen durch gute Arbeitsbedingungen wieder attraktiv gemacht werden. Auch dies ist Teil einer guten Berufsorientierung, vor allem, da viele junge Menschen sich um die finanzielle und berufliche Zukunft sorgen.

So oder so würden wir SuS ab der sechsten Klasse gerne verstärkt die Möglichkeit geben, in verschiedene Berufe herein zu schnuppern. Ein entsprechendes Angebot sollte in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit und mit regionalen Ausbildungsbetrieben erarbeitet werden.

### SPD

Berufsorientierung zu stärken, ist leider zu einer Floskel geworden. Wir müssen Schule neu denken, Veränderungen wagen, praktisches Lernen fördern, um Jugendliche fit für Leben und Beruf machen. Viele Schülerinnen und Schüler fühlen sich schlecht oder gar nicht vorbereitet, auf das, was nach dem Abschluss der allgemeinen Schule auf sie zukommt. Dieses Gefühl hat in der Corona-Pandemie zugenommen, belastet viele Jugendliche psychisch sehr stark. Schule muss Orientierung geben, ist ein Ankerplatz, muss berufliche Möglichkeiten aufzeigen und deutlich machen, dass berufliche und akademische Bildung gleichwertig sind, dass sie vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten und existenzsichernde Erwerbsbiografien ermöglichen. →

## Welchen Nachsteuerungsbedarf sieht Ihre Partei im Hinblick auf die Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA)?

### CDU

Der Schulversuch Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA) soll flächendeckend in Hessen umgesetzt und noch zielgerichteter auf Ausbildung ausgerichtet werden.

Insbesondere für Erzieher- und Pflegeberufe sollen Werbemaßnahmen intensiviert werden, da diese Ausbildung in Landesverantwortung erfolgt.

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Unserer Einschätzung nach – und das spiegeln uns auch zahlreiche Rückmeldungen aus den Berufsschulen selbst wider – weist das Konzept der Berufsfachschulen zum Übergang in Ausbildung (BÜA) grundsätzlich in die richtige Richtung. Gleichwohl erreichen uns Hinweise, dass die in dieser Legislaturperiode vorgenommenen Modifikationen im Zuge der Verlängerung des Modellprojekts, bspw. was das Erwerben von Schulabschlüssen anbelangt, weniger gewinnbringend sind als erhofft. Insofern werden wir überprüfen, ob sich das Angebot von BÜA zukünftig wieder stärker auf das eigentliche Ziel – die Vermittlung in Ausbildungsverhältnisse durch Maßnahmen der Berufsorientierung und -vorbereitung – konzentrieren sollte. Darüber hinaus wollen wir prüfen, inwiefern die Unterstützung der Schüler\*innen durch sozialpädagogische Fachkräfte auch nach der Vermittlung in ein Ausbildungsverhältnis für einen gewissen Zeitraum fortgeführt werden kann, um

eine erfolgreiche Eingewöhnung in den Berufsalltag zu fördern.

### FDP

Erfolgreiche Abschlüsse sind eine zentrale Grundlage für die gesellschaftliche und berufliche Teilhabe junger Menschen. Es ist deshalb sinnvoll, Programme fortzusetzen, die das Ziel haben, Jugendliche zu einem Schulabschluss und in ein Ausbildungsverhältnis zu vermitteln.

Wir halten den Ansatz von BÜA grundsätzlich für richtig, wollen das Projekt jedoch weiterentwickeln. Dazu gehört auch, die Einbindung von Sozialarbeiter/innen sowie Förderpädagogen/innen zu verstärken.

### DIE LINKE

Die Linke Hessen war zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit Hessen sehr empört, als die Berufseinstiegsbegleitung (BerEb) nicht weiter vom Land finanziert worden ist, obwohl dieses Programm sehr erfolgreich und auch einzigartig war, da es junge Menschen auch nach der Vermittlung in einen Beruf/ Arbeitsplatz noch begleitet hat.

BÜA müsste ausgeweitet werden, damit dieser Versuch noch mehr junge Menschen erreicht. Nach wie vor sind bestimmte SuS von der Stufe II ausgeschlossen. In Stufe II wird der Klassenteiler leider auch wieder auf 25 gehoben, was zu deutlich schlechteren Lehr- und Förderbedingungen führt, zumal die sonderpädagogischen Anteile im Programm deutlich erhöht werden müssten. Die Arbeitsbelastung ist sehr groß, hier sehen wir dringenden Nachsteuerungsbedarf. Zudem sind die »Vermittlungserfolge« in die Ausbildung leider relativ klein (um die 20 %

im Durchschnitt). Eine engere Vernetzung mit Ausbildungsbetrieben wäre wichtig, doch auch dafür müssten mehr personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

### SPD

Wir sehen BÜA z.o. als Rückschritt im Vergleich zu den Möglichkeiten, die es vorher gab, weil es stärker festgelegt ist und weniger Wahlmöglichkeiten gibt. Aus unserer Sicht ist eine Evaluation von BÜA erforderlich, bevor man transparent und unter Beteiligung aller Akteure nachsteuert. Auch müsste, wie oben erwähnt, das zuständige Referat im HKM besser personell ausgestattet werden. Wir halten die Zuweisung von sozialpädagogischen Fachkräften für zu niedrig, um die entsprechende Förderung zu gewährleisten. Auch bezüglich der Zuweisung von Förderlehrkräften, die grundsätzlich allen Berufsschulen in angemessener Höhe zur Verfügung stehen müssen, sehen wir Nachsteuerungsbedarf. ←